



richtunggebend für große Teile des Proletariats der ganzen Welt. Aber heute ist eben nicht mehr der Sozialismus, die Befreiung der Arbeiterklasse Ziel und Inhalt der Bewegung, sondern ausschließlich der kleine Augenblickserfolg, erkauft durch schändlichen Anbuhel mit Unternehmern und politischen Agenten des Kapitals. Wie kann man zugeben, daß die Berliner Gewerkschaften die Arbeiterkraft auffordern, nur Kandidaten zu wählen, die die „Arbeitsgemeinschaften“ ablehnen, während eine hohe Bureaokratie das Schwergewicht der gewerkschaftlichen Arbeit immer mehr in die Arbeitsgemeinschaften verlegt, um sich dort eine feste Position zu schaffen, in der sie vor dem Andrang der oppositionellen Strömung sicher ist? Solche Erwägungen eines enstirnigen Reformismus bestimmen heute die Taktik der deutschen Gewerkschaften. Und wer wider den Stachel ist, wer die Organisationen in den Dienst des Klassenkampfes um die Befreiung der Arbeiterklasse stellen will, der wird verjemt und verfolgt.

Das alles geschieht in einer Zeit, da die Bourgeoisie ihren Klassenkampf gegen das Proletariat mit sicherem Eifer und gewaltigen Mitteln rüstet. Immer fester sammelt das Unternehmertum seine Macht in starken Organisationen, immer stärker wird sein Einfluß auf die Staatsgewalt. Dem Kampf der Arbeiter aber werden Hemmnisse auferlegt durch eine verborgene, das Heil in der Harmonie der Klassen erblickende Taktik der eigenen Organisationen. Während die Vertreter der alten sozialistischen Kampfmethode — nur darum handelt es sich in diesem Falle — mit Ach und Weh droht werden, finden sich die Zentralvorstände friedlich zusammen mit Unternehmern und wirtschaftlichen Organisationen zu gemeinsamer Arbeit. Es hat schon seinen logischen Sinn, daß es in den Richtlinien des Gewerkschaftsbundes zu den Betriebsrätewahlen heißt: „Wahlabkommen mit anderen Gewerkschaftsgruppen sind zu vermeiden.“ Sie sind beileibe nicht verboten! Verboten sind dagegen Wahlabkommen mit den Kampfbereinigungen des revolutionären sozialistischen Proletariats.

Diese Vorgänge beleuchten die Situation in den Gewerkschaften mit grossem Schlagsicht. Die Arbeiterkraft aber wird erkennen, welche Schlüsse sie aus alledem zu ziehen hat. Die Berliner Vorstände mühten von ihrer beschäftigten Wahlstaffel Abstand nehmen, aber die Wahlparole der Berliner Arbeiterkraft kann und muß die gleiche bleiben. Unsere Berliner Gewerkschaftsmitglieder dürfen nicht zulassen, daß sich der von einigen Ahabern heraufbeschworene Konflikt zur Spaltung der Organisationen steigert. Sie hatten keinen Anlaß, sich von den auf das Übergewicht ihrer formalen Macht gestützten Zentralvorständen aus den Gewerkschaften verdrängen zu lassen. Wenn sie von ihren Absichten zurücktraten, so waren sie das der Arbeiterkraft schuldig, die die Einheit ihrer Organisationen heute nötiger braucht, als das tägliche Brot. Dasselbe Arbeiterkraft aber muß wissen, daß sie diese Zustände zu ändern hat. Sie muß den Männern, die die wahren Interessen der Arbeiterklasse erkannt haben, die Bewegungsfreiheit schaffen, deren sie bedürfen, um die Klasseninteressen des Proletariats nachdrücklich vertreten zu können, ungehindert durch Zentralvorstände, denen das gute Verhältnis zu den Unternehmern höher steht, als der Kampf für den Sozialismus.

Nach einem kommt hinzu. Wenn die Herren Drsten und Genossen Eile hatten, um die auf dem Boden unserer Partei stehenden Gewerkschaften in die Rolle des Angeklagten zu versetzen, so nicht nur der Wahlstaffel wegen. Das war ihnen nur der günstige Anlaß. Es liegen andere Dinge vor, deren weiterer Entwicklung sie zuvorkommen wollten, weil diese Entwicklung für ihre Stellung in der Berliner Gewerkschaftsbewegung bedrohlich werden könnte. Kurz, sie kämpfen weniger um Prinzipien, sondern vielmehr um den Stuhl, auf dem sie sitzen. Und wenn es darum geht, dann ist ihnen die Einheit der Bewegung ein Pifferling wert.

Die Arbeiterkraft wird auch daraus zu lernen und ihr Verhalten demnach einzurichten wissen.

### Wie lange noch?

Wie lange geduldet denn die Regierung eigentlich diesmal die Schuchhaftbefehle aufrecht zu erhalten? Daß für diese Willkürmaßnahmen nie ein stichhaltiger Grund vorgelegt hat, wird sie wohl selbst kaum mehr in Worte stellen können. Trotzdem sind unzählige Vertrauensmänner der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung in den Gefängnissen festgehalten. Die Regierung hält es nicht einmal der Mühe wert, der Öffentlichkeit mitzuteilen, wie viele Leute auf Grund des Haftbefehls irgendeiner militärischen Stelle, die in der vollendeten Demokratie über die Freiheit des Staatsbürgers zu befinden haben, eingekerkert sind. Ist es nicht ein Skandal, daß der Vorsitzende der Unabhängigen Sozialdemokratie, Genosse Däumig, noch immer festgehalten wird, obwohl nicht das geringste gegen ihn vorliegt? Die Regierung kann ja auch gar nicht daran denken, gegen ihn ein gerichtliches Verfahren einzuleiten. Das ist ja gerade das Versteckteste. Auf diese Weise kann sie den unbeweglichen politischen Gegner auf beliebig lange Zeit hinter Gefängnismauern halten, ohne fürchten zu müssen, diese Freiheitsentziehung rechtfertigen zu brauchen. Und um diesen Skandal bekümmert sich die Öffentlichkeit nicht im geringsten, die neugeborenen Demokraten und Republikaner ebensowenig wie die rechtssozialistischen Gesinnungshebeln. Und Genosse Däumig ist nicht das einzige Mitglied der Parteileitung, das in Schubhaft genommen ist. Auch der als Beiratsmitglied der erweiterten Parteileitung angeordnete Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“, Genosse Büttcher, ist seit dem 19. Januar verhaftet.

Aber nicht nur die Schubhaftvollstreckung steht in voller Blüte, auch mit Zeitungsverboten wird nach wie vor gewirtschaftet. So ist z. B. unser „Volksblatt“ in Halle noch immer verboten, obwohl es in Halle nicht zu den geringsten Unruhestörungen gekommen war, die den Vorwand für ein solches Verbot hätten geben können.

Daß der Belagerungszustand aufrecht erhalten und mit aller Schärfe gegen die Unabhängige Sozialdemokratie gehandhabt wird, in der Zeit, da die Wahlen zu den Betriebsräten stattfinden, vervollständigt noch das schöne Bild regierungssozialistischer Herrschaft.

## Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellte!

Die Berliner Gewerkschaften haben beschlossen, zu den Betriebsrätewahlen Listen der freien Gewerkschaften aufzustellen. Die U. S. P.-Vorstände der Berliner Gewerkschaften und die U. S. P.-Fraktion der Berliner Gewerkschaftsfraktion motiviert diesen Beschluß folgendermaßen:

Die Vorstände können die Verantwortung nicht übernehmen, daß ein mit den Beschlüssen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes nicht übereinstimmendes Vorgehen bei den Betriebsrätewahlen von anderer Seite benützt wird, um in jenen Verwaltungen, wo die Vertreter des grundsätzlichen, sozialistischen Klassenkampfes die Mehrheit haben, die Spaltung und Abspaltung zur Tatsache werden zu lassen.

Es kommt also jetzt darauf an, daß die Arbeiter in den Betrieben dafür sorgen, daß als Kandidaten für diese Listen nur energische und erprobte Vorkämpfer des

### revolutionären sozialistischen Rätegedankens

ausgestellt werden. Mit einem klaren zielbewussten Programm soll ihr die Tüchtigsten aus jeder Mitte auf die Liste der revolutionär-sozialistischen Betriebsräte setzen. Diese Parole vertritt sich nicht mit den Plänen der Väter dieses Gesetzes. Auch die „höchsten Vertreter der Arbeiterkraft“ im Bundesauschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (Generalkommission) wollen die Betriebsräte als williges Werkzeug im Dienste der Arbeitergemeinschaften zwischen Unternehmerverbänden und Gewerkschaften benutzen.

Diesen Plänen gilt es entgegenzuwirken! Es gilt dafür zu sorgen, daß die Arbeiter und Angestellten nur solche Vertrauenspersonen in die Betriebsräte entsenden, die die nachstehenden Grundsätze vertreten:

Sie sind Gegner der „Arbeitsgemeinschaften“ und erstreben den Umbau und Aufbau der Gewerkschaften zu Industrieverbänden, die alle Hand- und Kopfarbeiter umfassen.

Sie erstreben weiter den Aufbau eines Räte Systems, das als Kampfmittel zur Beseitigung des kapitalistischen Systems zu wirken hat und dem die Aufgabe zufällt, die Ueberwindung der kapitalistischen Produktion in eine sozialistische vorzubereiten.

Sie verpflichten sich, sofort ihr Amt niederzulegen, wenn es die Mehrheit ihrer Wähler in einer Betriebsversammlung fordert.

### Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellte!

Tut Eure Pflicht und sorgt dafür, daß trotz aller Machinationen nur solche Betriebsräte gewählt werden, die gewillt und in der Lage sind, unsere Bedingungen zu erfüllen und unser Endziel: den Sozialismus, mit Fähigkeit Kraft und Ausdauer zum Durchbruch zu verhelfen!

Bezirksverband Groß-Berlin der U. S. P.  
Zentrale der Betriebsräte Groß-Berlins.

### Herrn Helfferich ins Stammbuch.

Ueber den Prozeß Erberger wird ja noch ausführlich zu sprechen sein. Daß aber Herr Helfferich, wenn er Moral trief, geradezu abstoßend wirkt, steht jedenfalls fest. Wir stimmen da durchaus dem Urteil der „Frankf. Stg.“ über Helfferich zu, wenn sie schreibt:

Es ist eine der unglaublichen Erscheinungen unserer Tage und ein Beweis für die moralische Verwirrung ebenso wie für die politische Instinktslosigkeit ganz großer Schichten unseres Volkes, daß dieser Mann jetzt diese Rolle spielen darf. Herr Helfferich wird während seiner Amtszeit keine Geschäfte gemacht, keine Aktien gekauft und sich nur von den Hinsen deutscher Reichsanleihe und preussischer Konsole ernährt haben, ob er, der Herrn Erberger auch den Schleißhandelsbezug württembergischer Lebensmittel mit moralischer Entrüstung vorwirft, sich während des ganzen Krieges und auch nachher ausschließlich von seiner Lebensunterstützung genährt hat, wagen wir zu bezweifeln — aber macht ihn das allein schon zum Laster? Herr Helfferich ist vorsichtiger gewesen, er war Direktor der Deutschen Bank, bevor er Postdirektor wurde (übrigens von dem Kanzler sofort zum Staatssekretär berufen und nicht gedrängt, sich auf launwärtigen Wegen vorwärts zu bringen), er hätte es nicht mehr nötig, und er, der, wenn auch nicht im Purpur, so doch in Wohlhablichkeit und in allen Möglichkeiten bester Ausbildung geboren, steht nun mit Haß und Verachtung auf dem Pöbel, der gar nichts hatte, der ein kleiner Volksschullehrer war und nun so viel mächtiger ist als er. Wie kommt Herr Helfferich zur Rolle des Anklägers? Daß einer keine silbernen Hütel angeschlossen hat, macht ihn doch noch nicht zum sittlichen Vorbild. Ob er Charakter bewiesen hat neben der Fähigkeit, ob er den Ruf des Mannes hatte, der für seine Ueberzeugung kämpft bis zum Tode, das wäre zu zeigen. Und da steht Herr Helfferich nackt und bloß. Denn er hat in entscheidenden Augenblicken des Krieges, als er zur Rettung des Vaterlandes hätte beitragen können, seinen Charakter und seinen Ruf gehabt, und er hat dadurch Deutschland mit ins Verderben geführt: sein jammervoller Unfall in der U. S. P.-Fraktion ist das wichtigste, nicht das einzige Zeugnis dafür. Dieser Mann möchte jetzt schweigen, endgültig und vollständig, er hat das Recht vermisst, dem deutschen Volke ein Führer zu sein, weil er der sittlichen Eigenschaften des Führers entbehrt.

Ja, Helfferich hätte längst schweigen müssen und hätte erst als Angeklagter vor dem Staatsgerichtshof seinen Mund wieder aufstun dürfen wenn nicht ein solch großer Teil des deutschen Volkes der „sittlichen Verwirrung und politischen Instinktslosigkeit“ verfallen wäre.

### Eine deutschnationale Drohung.

Die „Deutsche Tageszeitung“ veröffentlicht folgende Drohnote:

Für die morgige Pressekonferenz hat ein Regierungsvertreter dem Vernehmen nach eine Auseinandersetzung angekündigt, die als eine Art Abrechnung mit der nationalen Presse wegen ihres Verhalten in Sachen Erberger aufgefaßt werden ist. Wir möchten den Regierungsvertreter den aufrichtigen und

dringenden Rat geben, in diesen Dingen vorsichtig zu sein. Sie haben darin schwerlich die sachliche und moralische Stellung, die dazu nötig wäre, der nationalen Presse moralische Belehrung zu erteilen. Ein Ueberschreiten der gebotenen Grenzen dürfte auch schmerzlich im Interesse der Regierung selber liegen.

Donnerstag! Die Herrschaften fühlen sich. Aber haben sie einer solchen Regierung gegenüber dazu nicht auch allen Grund?

### Gegen den nationalistischen Versammlungspöbel.

Die Berliner Ortsgruppe der Deutschen Friedensgesellschaft hat gegen die von nationalistischer Seite inszenierten Versammlungsversammlungen, die jetzt in allen Orten Deutschlands planmäßig vorgenommen werden, folgende Resolution angenommen:

Eine kriegsverrorthe Soldateska hat am Freitag, den 20. Februar, in einer Versammlung des Bundes Neues Vaterland unter der Regie nationalistischer und deutschvölkischer Offiziere Herrn v. Gerlach und noch verschiedene andere Teilnehmer in der bestmöglichen Weise niedergeschlagen.

Die Versammlung der Ortsgruppe Berlin der Deutschen Friedensgesellschaft spricht neben ihrem schmerzlichsten Bedauern für Herrn v. Gerlach wegen des gegen ihn verübten Attentates ihre tiefe Empörung darüber aus, daß so etwas unter dem Schutz der verantwortlichen Behörden überhaupt möglich ist, um so mehr, als es sich hierbei nicht um einen vereinzelten Fall, sondern um ein Glied in einer fortlaufenden Kette handelt. Sie fordert auf das energischste, daß

1. der verantwortliche Reichswehrminister auf das schleunigste für die Entlohnung dieses gemeingefährlichen Gesindels sorgt;
2. daß der verantwortliche Minister des Innern der immer gefährlicher werdenden Judenhege mit allen Rechtsmitteln entgegentritt;
3. daß die polizeiliche Aufsichtsbehörde der pazifistischen, gegen jede Gewalt sich ausnehmenden Genossenschaft ebensolcher Schutz gewährt, wie der haubtinischen Hebe, die sich immer tätiger mehr mit Propaganda des Fremdenhasses betätigen darf;
4. daß die Gerichte die vorgeschlagenen Ausschreitungen mit allen Mitteln der gesetzlichen Sühne entgegenführen, damit der Schein vermieden wird, als gäbe es in Deutschland keine Gerechtigkeit mehr und dem Ausland nicht noch mehr Gründe in die Hand gespielt werden, uns Deutsche für eine unheilbar der Gewaltthaten verfallene Nation zu halten.

Mit allem Nachdruck weist die Ortsgruppe Berlin der Deutschen Friedensgesellschaft darauf hin, daß die vom Kriege so weichen nationalistischen Instinkte, die man als nationale zu bezeichnen beliebt und die das Bestehen unserer wertvollen Demokratie auf das ernste gefährden, nur gesteuert werden können, wenn die Energie der Regierung nicht immer wieder vor der Drahtzieher der Reaktion kapitalisiert und wenn ferner der sozialistische Geist auch im deutschen Volk Wurzel faßt.

### Neue Sprengungsversuche.

Die deutschnationalen Herren haben in Bremen erneut eine Versammlung zu sprengen versucht. Dort sollte an Stelle des erkrankten Herrn Gerlach der Sekretär des Bundes Neues Vaterland, Herr Dr. Gumpel, in einer von pazifistischen Organisationen einberufenen Versammlung sprechen. Die nationalistische Sprengungslawine unterbroch die Rede durch fortgesetzte Schreien, Pfeifen und Johlen und ging schließlich zu Tätlichkeiten über. Nur dem schnellen Eingreifen der Polizei ist es zu verdanken, daß es nicht wieder zu blutigen Ausschreitungen kam. Auch dieser Vorfall beweist, daß die Reaktion planmäßig die Versammlungen der Pazifisten zu sprengen versucht. Die Direktiven zu den Stawallen gehen von einer Organisation aus, die ihren Sitz in Berlin zu haben scheint. In Arbeiterversammlungen wagt der zumeist von Offizieren geführte Pöbel vorüberhand noch nicht aufzutreten. Die wackeren Soldaten unternehmen ihre Vorhölle nur dort, wo sie ein Publikum anzutreffen glauben, von welchem sie wissen, daß es sich nicht zur Wehr setzen kann.

### Die Opladener Eisenbahnwerkstätte.

Wie anderwärts, so hatte die Regierung auch in Opladen (Kreis Solingen) die Eisenbahnwerkstätte geschlossen und 6000 Arbeiter auf die Straße gesetzt. Am 27. Februar soll der Betrieb wieder eröffnet werden. Sämtliche Funktionäre unserer Partei im unteren Kreise Solingen, die in der Eisenbahnwerkstätte arbeiteten, sind nicht wieder angenommen worden. Wer die Dinge aus nächster Nähe betrachten kann, dem drängt sich die Ueberzeugung auf, daß, wie die Schließung unserer Betrieben, so auch die Stilllegung der Eisenbahnwerkstätten eine ausschließlich von den unfairen Motiven diktierte politische Aktion gegen unsere Partei ist. Wie wird in diesem Falle der Eisenbahnminister Oester seiner Anordnung Geltung verschaffen, daß Entlassungen und Wiedereinstellungen nicht nach wirtschaftlichen und politischen Gesichtspunkten erfolgen dürfen? Oder soll diese Anordnung für Mitglieder der U. S. P. D. keine Geltung haben?

Gewiß. Die gestrige Nummer des „Abend“ bringt in sensationeller Aufmachung Mitteilungen über geheime Aufnahmen künftige ausländischer Volkswirtschaften. Besonders genannt wird der frühere ungarische Volkskommissar Alexander Garbai, der in Berlin bereits mit unabhängigen und kommunistischen Führern zusammengekommen sei. Das Blatt erzählt über eine internationale Volkswirtschaftsorganisation und beschließt die Pläne auf.

Dazu ist zu bemerken: Alexander Garbai ist bei einem Versuch, unerkannt nach Budapest zu gelangen, verhaftet worden und sitzt in festem Gewahrsam in Budapest. Alles Uebrige ist ebenso aus den Fingern geflohen.

Die internationalen Kontrollkommission für Oesterreich trifft in den nächsten Tagen in Wien ein. Sie besteht aus 120 Offizieren und 500 Mannschaften.

Ein Gut. Der Berliner „Volksanzeiger“ bringt detaillierte Mitteilungen über die Erschütterung der Stellung des Ministers Heine. Diese Redungen entbehren, wie amtlich mitgeteilt wird, jeder Unterlage.

Eisenbahnerstreik in Frankreich. Der Ausstand auf den Linien der Eisenbahngesellschaft Paris-Lyon-Mediterranee ist seit Mittwoch abend fast vollständig. Der Pariser Bahnhof in Paris ist geschlossen. Es scheint, daß die Pariser Eisenbahner der Bewegung folgen wollen. Ihre Delegierten haben Mittwoch abend beschlossen, in den Streik einzutreten. In Lyon, Marseille und Dijon sind nach dem „Matin“ ähnliche Beschlüsse gefaßt worden.

# Erzberger und der U-Bootkrieg.

## Bethmann Hollweg als Zeuge.

Im weiteren Verlauf der Debatte über die Steuererhöhung von 1915/16 erklärt Bethmann, er habe den Eindruck gewonnen, daß Erzberger viel darum zu tun war, die Vorlage zu Fall zu bringen.

Nach weiteren unwesentlichen Äußerungen Bethmanns wird der Zentrumsabgeordnete Spahn vernommen, der ausführt, daß Erzberger sich gegen die Einbringung neuer Steuern während des Krieges ausgesprochen habe.

## Der U-Boot-Vorstoß Erzbergers.

Helfferich: Im Juli 1917 fand bei mir eine Besprechung mit den einzelnen Fraktionsführern statt, zu der vom Zentrum Dr. Spahn und Erzberger erschienen waren. Erzberger brachte die U-Boot-Frage zur Sprache und bediente sich hierbei des Materials, das mir ich glaube, ein hochinteressantes Blatt beibrachte. Ich fragte Erzberger hierbei, ob er in dem Augenblick, in dem ich alle Kräfte zusammenlassen müßten, Zweifel über die Wirksamkeit des U-Bootkrieges auskommen lassen wolle.

Erzberger sicherte mir zu, daß er in der Subkommission davon nicht sprechen werde.

Trotzdem hat er dort wenige Tage später den sensationellen Vorstoß gemacht.

Erzberger: Bei der Besprechung betonte ich, daß ich von der Antwort des Admiralsstabes meine Aktion abhängig machen wolle. Denn ich hätte dem Admiralsstab Material gefandt; und wolle abwarten, ob die Antwort befriedigend ausfallen werde.

Vorsitzender: Hier herrscht ein Gegensatz. Sie behaupten, Sie hätten sich nicht geäußert, Sie behaupten, Sie hätten sich geäußert.

Erzberger: Ich habe jedenfalls an weitere Schritte gedacht, und ich habe das meiner Erinnerung nach zum Ausdruck gebracht. Ich habe übrigens Dr. Solz, mit dem ich in jenen Tagen über die politische Lage sprach, dasselbe gesagt. Ich habe wiederholt mit Herrn v. Berger und Dr. Solz gesprochen. Sie waren außerordentlich bedrohlich, und die Gefahr war akuter, als man glaubte. Die Sozialdemokraten wollten, wie ich gehört habe, gegen die Kredite stimmen. Nach den mir zugegangenen Nachrichten war man in der sozialdemokratischen Partei zu der Ansicht gelangt, daß

Deutschland nicht mehr einen Abwehrkrieg führe, sondern zum Eroberungskrieg übergegangen sei.

Die Sozialdemokraten die Kredite bewweigern. Eine Probeabstimmung, die innerhalb dieser Partei vorgenommen worden war, hatte eine Mehrheit für die Ablehnung ergeben. Ich sprach mit Bethmann Hollweg über die äußerst bedrohliche Situation.

Vors.: Das ist ja ganz schön, aber was hat das mit Ihrem Vorstoß zu tun?

## Die Friedensresolution.

Erzberger: Der Reichstagskanzler sagte mir an einem dieser Tage, daß Fürst Bülow bei ihm gewesen und mit ihm längere Zeit über die politische Lage gesprochen habe. Fürst Bülow äußerte dabei, es sei nun Aufgabe des Reichstagskanzlers, das deutsche Volk von der Höhe seiner Hoffnungen in das Tal der Wirklichkeit hinabzuführen. Diese Ansicht Bülows war außerordentlich verneinend und ich stimmte ihm vollkommen bei. Ich sagte zu Herrn v. Bethmann Hollweg, es sei höchste Zeit, eine feste Basis für den Frieden zu schaffen.

Als ich am Nachmittag des 6. Juli, nachdem ich meine erste Rede im Reichstag gehalten hatte, zu Bethmann ging, sagte dieser zu mir, Sie haben mich ja überrascht, worauf ich ihm antwortete, aber ich habe Ihnen doch die Sache vorausgesagt. Wie aus dem Reichstags-Protokoll hervorgeht, entwickelte sich die Friedensresolution bereits aus den Sitzungen am 4. und 6. Juli und als auf meine Rede am 6. Juli, worin ich die inner- und außerpolitischen und Ernährungsverhältnisse schilderte, die Antwort der Regierung ganz nichtslösend war, wurde ich von den verschiedensten Seiten gebeten, weiter vorzugehen.

Helfferich: Ich bitte folgendes zu beachten: Wenn Bethmann und Erzberger vorher wußten, was in der Sitzung war, was kommen sollte, dann war der Vorstoß Erzbergers nach meiner Ansicht ein feiger Ueberfall aus dem Hinterhalt.

Nachdem der Vorsitzende Erzbergers Rede im Hauptauschuß vom 6. Juli 1917 verlesen hat, referiert Helfferich: Die Rede hat eine ungeheure Aufregung hervorgerufen, so daß Oberpräsident die Sitzung auszuscheiden. Ich habe unmittelbar darauf geantwortet und betont, wenn wir uneinig würden, so seien wir verloren. Erzberger hat in der Deutschen Allgemeinen Zeitung vom 2. Juli erklärt: „Die Bemühungen erfolgten noch während der Rücksprache mit dem Reichstagskanzler“. Das ist die erste grobe Unwahrheit.

Erzberger: Der Ausgangspunkt der Friedensresolution war natürlich die U-Bootfrage, und ich habe vorher auch nicht von einer Friedensresolution, sondern von der Friedensaktion als solcher gesprochen.

## Wie Bethmann unterging.

Helfferich: Am 11. Juni übermittelten Sie und der Reichstagskanzler eine Entschließung der Zentrumspartei, in der als Ergebnis festhielt, daß die Fraktion in ihrer Mehrheit keinen Anstoß zu einem Rücktritt des Herrn v. Bethmann Hollweg fände, daß eine Wiederwahl allerdings den Kanzler als Präsidentskandidat ansehe. Am Nachmittag fand die Fraktionsberatung statt, und am Vormittag hat Erzberger bereits zum Zentrum gehen lassen würde.

Nach der Mittagspause erklärt der frühere Reichstagskanzler Bethmann Hollweg, daß Erzberger die Absicht einer Rückgebung, wie sie sich später in der Friedensresolution äußerte, weder mit ihm besprochen noch vereinbart habe.

Erzberger: Oben wir nicht über die Notwendigkeit einer Erklärung über den U-Bootkrieg gesprochen? — Bethmann: Sie sprechen allgemein über die Stimmung in der Reichstagsfraktion. Aber daß Sie im Anschluß an die Reichstagsfraktion mit mir über die Möglichkeit eines Rücktritts gesprochen haben, ist ausgeschlossen. — Helfferich: Ist es denn von Bethmann bekannt, daß Erzberger, nachdem er am 6. Juli dem Kanzler übergeben hatte, er wolle ihm bei seinem Vorstoß eine trügerische Mehrheit im Reichstags sichern, dann am anderen Tage zu anderen Personen gegangen hat, er wolle Bethmann Hollweg stützen? — Erzberger: Erinnert sich Herr v. Bethmann Hollweg, daß ich mit ihm über die von der Sozialdemokratie geäußerten Bedrohungen gesprochen habe, daß die Sozialdemokraten die Kredite nicht bewilligen? — Bethmann: Ich hatte die Empfindung, daß die Sozialdemokratie zwar durch ihre Haltung den Massen gegenüber einen schweren Stand hatte, aber es war mir nicht bekannt, daß sie die Kredite ablehnen wollte. — Der frühere Staatssekretär Solz erklärt, daß Erzberger in Folge seines umfangreichen Materials den U-Bootkrieg für ein fürchterliches Unglück für Deutschland hielt.

Als nächster Zeuge wird der Unterstaatssekretär Dewald vernommen, der eine ausführliche Darstellung von der Besprechung, die bei Helfferich vor dem Erzbergerischen Vorstoß stattgefunden hatte, gab. Erzberger führt dazu aus: Ich wollte Bethmann in seiner Friedenspolitik stützen und habe darüber am 6. Juli keinen Zweifel gelassen. Am 7. Juli ist ein Wechsel in meiner Auffassung eingetreten. Als ich nach meiner Rede zu dem damals in Berlin befindlichen Obersten Staatssekretär geladen wurde, empfand ich als ich dort eintraf, daß Ludendorff schon abgereist sei. Ein Offizier erklärte mir, daß der Kaiser auf Bethmanns Drängen die O. S. L. von Berlin fernschickte habe. Ich war über diese Tatsache sehr erregt und sagte mir:

wenn Bethmann Hollweg die Ursache ist, daß die Unternehmung nicht zustande gekommen ist, dann habe ich auch keine Verantwortung mehr, ihn zu unterstützen.

Wenn meine Äußerung, daß ich Bethmann Hollweg stützen wollte, erfolgt ist, kann ich nicht genau sagen.

Der zu diesem Punkt vernommene Abg. Straßmann erklärt, daß ihm Erzberger am Morgen des 7. Juli in Gegenwart des Obersten Baurer die tragische Äußerung gemacht habe. Erzberger: Was der Abg. Straßmann von unserer Unterredung vom Sonnabendmorgen sagte, ist mir absolut nicht bekannt. (Weiterer im Justizraum.) — Helfferich: Ich habe hier das Stenogramm einer Unterredung zwischen dem Kronprinzen und dem Abg. Erzberger vom 12. Juli, wonach Erzberger zum Kronprinzen sagte, Bethmann verpöcht jede Konjunktur und verhindert dadurch den Friedensschluß. Ist Herr Erzberger diese Erkenntnis auch erst am 7. Juli abends gekommen? — Erzberger: Meine Unterredung mit dem Kronprinzen fand nach einer Konversationsbesprechung statt und ich kann mich nicht mehr entsinnen, wann dies war.

## Die Wiener Reise Erzbergers.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung kommt die angebliche Sendung Erzbergers nach Wien zur Verhandlung, von der Erzberger behauptet, sie sei im Auftrage des Reichstagskanzlers erfolgt. Hier erklärt Bethmann, daß er Erzberger keinerlei Auftrag gegeben habe, nach Wien zu reisen, sondern daß ihm Erzberger nur seine Reisesicht mitgeteilt habe. Er habe Erzbergers Reise nur dazu benutzt, um auf die Wiener Stimmung in den mit Herrn Erzberger in Verbindung stehenden Kreisen zu wirken. Er habe im Auswärtigen Amt keine Anweisungen erteilt, Erzberger den Geheimbrief auszubringen, und wenn dieser etwas anderes sagt, so täusche ihn sein Gedächtnis.

Als demgegenüber Erzberger wiederum erklärt, von Bethmann dazu aufgefordert zu sein, weist Bethmann diese Behauptung nochmals entschieden zurück. Nach weiteren unwesentlichen Verhandlungen wird die Sitzung auf Freitag morgen vertagt.

## Preussische Landesversammlung.

### Wahlprüfungen.

Zwei Wahlprüfungen lagen der Landesversammlung zur Entscheidung vor. Die Abstimmung im Plenum blieb zweifelhaft. Der Hauptstreitpunkt ergab Beschlussumfähigkeit. Die nächste Sitzung wurde auf eine Viertelstunde später einberufen.

In der zweiten Sitzung wurde der Beschlussumwurf über Herabsetzung des Vorbereitungsdienstes für Gerichtsreferendare in erster Lesung verabschiedet und an den Rechtsausschuß überwiesen. Alle Parteien begrüßten die Herabsetzung von vier auf drei Jahre.

### Genosse Dr. Rosenfeld

führte dazu aus: Wir begrüßen die Vorlage, weil sie die sozialen Gesichtspunkte berücksichtigt. Wir wünschen, daß dies auch andere Vorlagen gegenüber mehr als bisher geschieht. Würden die jetzigen Zustände sich auf ihrer Bahn weiterbewegen, dann würde die juristische Laufbahn immer mehr zum Privileg der bestehenden Klasse werden. Angesichts der großen Notlage der Gerichtsreferendare ist es eine unglückliche Fügung, daß sie bei der Herabsetzung der Besoldungsbefehle ganz übergegangen worden sind. Sie stehen überhaupt am schlechtesten da. In allen anderen Freistatuen werden ihnen schon längst Gehalt oder Tagelohn gewährt.

Die Referendare mühten sich bei ihrer Vorbereitung auch an die Arbeitersekretariate wenden, um mit dem wertvollsten Leben ganz unmittelbar in Verbindung zu kommen. Der Vorbereitungsdienst sollte in allen Freistatuen vereinheitlicht werden. Was hier über die Gerichtsreferendare gesagt worden ist, gilt in noch höherem Maße für die Regierungsreferendare. Diese scheinen auch heute noch nur dann Aussicht auf Fortkommen zu haben, wenn sie über entsprechend große Mittel oder gute Beziehungen verfügen. Sie stehen den Wünschen und Bedürfnissen des Volkes zum Teil verständnislos gegenüber.

Es folgte die Beratung eines Antrages des Zentrums auf Einrichtung von Berufsberatungen.

Auch hier trat im allgemeinen Übereinstimmung zutage; allerdings nur, weil sich die Redner aller Parteien auf die Möglichkeit auf den Boden der privatrechtlichen Wirtschaft stützten. Insofern davon grundlegend abweichenden Standpunkt arbeitete

### Genosse Kleinpehn

heraus. Er sagte: Früher fand man den dem Lirrog zugrunde liegenden Gedanken durchaus abweichend gegenüber. Seit der Krieg mit seiner ungeheuren Vergewaltigung von letzterem Konflikt und der dadurch bedingten ungeheuren wirtschaftlichen Notlage hat einen völligen Wandel im Denken herbeigeführt. Der große Mangel an tüchtigen Arbeitskräften zwingt alle Kräfte zur raschesten Anwerbung derselben. Die Berufsberatung in vollkommener Form ist zu einer unumgänglichen Notwendigkeit geworden. Es darf nicht länger dem Zufall überlassen bleiben, ob einer an den für ihn geeigneten Platz kommt oder nicht. Zwar werden heute schon dahingehende Prüfungen in einzelnen größeren Betrieben vorgenommen. Darin liegt aber die große Gefahr, daß einzelne Betriebe, dank ihrer großen Mittel imstande sind, für sich die besten Kräfte herauszusuchen und dadurch einen gemaltigen Vorsprung vor allen anderen zu erlangen. Die Berufsberatung ist eine gesellschaftliche Angelegenheit und darf nicht auf privatrechtlicher Grundlage aufgebaut sein.

Der Sozialismus ist die einzige Voraussetzung für den geistigen, moralischen Aufstieg, weil er gegenüber der kapitalistischen Wirtschaftsanarchie den organischen Aufbau bedeutet. Erst unter Berücksichtigung dieser Tatsache wird sich die Berufsberatung als soziale Einrichtung voll bewähren können. Sie wird aber nur im Zusammenhang mit der von uns geforderten Arbeitsschule möglich sein. (Beifall d. l. Unabh.)

Partitag der norwegischen Arbeiterpartei. Nach einer Meldung der „Vännertryk“, des Presseorgans der linkssozialistischen Arbeiterpartei, wird demnächst die norwegische Arbeiterpartei ihren Jahreskongreß abhalten. Er soll vom 22. bis 25. Mai in Christiania toten.

## Provinziallandtag für Brandenburg.

Sitzung vom 20. Februar.

Die reichlichen 5 Millionen Aktien von der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft für das Märkische Elektrizitätswerk werden von der Provinz übernommen, um es vollkommen im Besitz der Provinz zu haben. Die Übernahme soll zu 100 Prozent erfolgen. Durch die Übernahme wird ein weiterer Ausbau des Netzes sowie ein erhöhtes Interesse der einzelnen Gemeinden erzielt werden.

Genosse Andrei-Weissenke brachte wichtige Motionen über das Geschäftsbereich des Märkischen Elektrizitätswerkes gegenüber der Gemeinde Weissenke zur Sprache. Dadurch ist Weissenke ein großer Schaden entstanden.

Für den Bau der Brandenburgischen Gasmannschafts- und Frauenklinik wurden 1200000 Mark nachbewilligt, um die Arbeit weiter auszubauen. Zum Bericht des Vorstandes der Landesversicherungsanstalt Brandenburg stellte die U. S. P.-Fraktion folgende Anträge:

1. Der Provinziallandtag möge beschließen, den Vorstand der Landesversicherungsanstalt zu ersuchen, Amtliche Renten von der Landesversicherungsanstalt um mindestens 100 Prozent zu erhöhen.

2. Die Reichsregierung zu ersuchen, allen Anhalten ausbleibende Lebensmittel und Kosten zur Verfügung zu stellen.

Gen. v. Bohm beantragte die Anträge einsehend und rief die Festlegung so unabweisbar Kapitalisten der Anstalt für Kriegsanleihe, wodurch den Versicherten sehr erhebliche Verluste entstehen. Die Not der Rentenempfänger wurde alsbald anerkannt, bestfalls müsse man schnell helfen. Die Festlegung der Renten verzögere sich ungebührlich, wodurch die Versicherten in die größte Notlage geraten. Die höchste Invalidenrente beträgt auf Zeit 2000 M. und die höchste Altersrente 1800 M. pro Monat. Die niedrigste Altersrente 7 M., Invalidenrente 7,05 M. pro Monat. Für letztere kommt dann noch ein Zuschlag von 7 M. pro Monat. Weiter müsse die Anstalt für Ruhestand in höherem Maße sorgen, weil die Beschäftigten auf eigene Kosten nicht mehr mäßig ist. Die Erbverhältnisse möge die weitere Fortschritt durch die Unterernährung, deshalb müssen die Ruhestandsrenten wieder voll in Betrieb übernommen werden. Die Verhältnisse in der Anstalt sollten bei Notstand werden einer verbündeten Kritik unterzogen.

Unter Antrag fand nur die Zustimmung der beiden sozialdemokratischen Fraktionen, die bürgerlichen, einschließlich der Demokraten, stimmten dagegen.

Annahme fand der Kommissionsantrag, die Reichsregierung zu ersuchen, ein Gesetz über erhöhte Rentenleistungen und Erweiterung der Versicherungsbeiträge beschleunigt voranzutreiben.

Nachzutragen ist noch von der Sitzung vom Dienstag, daß die Fraktion durch Gen. v. Bohm auf die weitere Forderung für Notstandsarbeiten hinweisen ließ, damit die notwendigen Arbeiter nicht zurückgestellt werden.

## Die Voränge in der U. S. P. Charlottenburg.

Nachdem durch die Veröffentlichung des Berichts über die Reichstagsverhandlungen in Charlottenburg eine vergernde Darstellung ihres Verlaufs in die bürgerliche Presse gelangt ist, die dem „Vorwärts“ Veranlassung zu hässlichen Vorwürfen über unsere Partei gibt, veröffentlichen wir auf Wunsch die folgende sachliche Darstellung des Verlaufs der Verhandlungen.

Wegen den ohne vorherige Ankündigung der Tagesordnung und nur mit geringer Mehrheit gefassten Beschluß einer Mitarbeiterversammlung auf Abberufung der Stadträte hatten die Mitglieder der Partei lebhaften Protest erhoben. Mit einer einzigen Ausnahme hatten sich alle Gruppen auf ihren Versammlungen für das Verbleiben der Stadträte ausgesprochen, ebenso eine Funktionärerversammlung gegen eine solche Abberufung und die politische Kommission, sowie die Gewerkschafts- und Rätekommission einstimmig.

Bei dieser Sachlage bedurfte die Konferenz der Funktionäre, diese Angelegenheit einer neuen Mitarbeiterversammlung zu unterbreiten, in der nach sachlicher Erörterung die meiste Meinung der Mitglieder zum Ausdruck kommen sollte. Daß es in der Versammlung am Montag zu dieser sachlichen Erörterung nicht kam, ist nicht die Schuld der Funktionäre und ihrer Festlegung der Tagesordnung, die ja von der Versammlung in mehreren Abstimmungen gebilligt wurde, sondern die Folge der unvollständigen Erörterung, die durch den Genossen Troch in die Versammlung hineingetragen wurde. Schon vor Beginn der Versammlung sprach er mit einem seiner Freunde darüber, daß es verhindert werden müsse, daß Genosse Crispian zu Worte komme, bevor die Stadtratsfrage erledigt sei. Er trat dann auch in der Versammlung dafür ein, das Referat des Genossen Crispian, das bereits Monate vorher in Aussicht genommen war, an der Tagesordnung zurückzustellen. Troch war es vor allem, der Crispian die Zurechtweisung machte und die Erörterung der Tagesordnung verzögerte, die Crispian hinderte, eine kurze Bemerkung zur Geschäftsordnung zu Ende zu machen, die nur dem Zweck diente, der Versammlung zu sagen, daß sie die Frage der Abberufung der Stadträte sachlich prüfen müsse und daß die Erörterung nicht in so demagogischer Weise geführt werden dürfe, wie es von Troch geschehen sei. Die gewalttätige Unterbrechung Crispians, dem die Einzelheiten der Vorrede, die zu dem Beschluß auf Abberufung der Stadträte geführt hatten, nicht bekannt waren und dem deshalb eine Parteinahme völlig fernlag, führten dann das häßliche Ende der Versammlung herbei. In dieser gewalttätigen Unterbrechung war Troch in hervorragendem Maße beteiligt.

Wenn in dem Bericht ferner gesagt wird, daß die Versammlung die sofortige Abstimmung beschloß, so ist das unrichtig, da die durch das Verlangen um Abstimmung hervorgerufene Geschäftsordnungsdebatte über die Frage zu Ende geführt werden konnte. Es hat auch weder bei der Versammlung noch bei den Funktionären der Partei jemals die Absicht bestanden, einem ordnungsgemäß zustande gekommenen Urteil der Mitarbeiterversammlung über das Verhalten der Stadträte zu widersprechen. Was aber im Interesse der Partei dringend verlangt werden muß, das ist ein einwandfreies Verfahren, das Klarheit schafft, ob das Verhalten der Stadträte Veranlassung zu der Abberufung bietet oder nicht. Demselben Gedanken entsprach auch der vom Genossen Weigmann gestellte Antrag, nochmals eine Kommission zu wählen, die diese Aufgabe durchführen sollte. Daß auch er infolge des Tumults unter den Tisch fiel, wodurch jede Regelung der Angelegenheit verhindert wurde, geht ebenfalls, wessen Absichten das tumultuarische Ende der Versammlung entsprach.

Es ist auch unrichtig, daß die Stadtratskommissionen Fraktion, um die Mitglieder zu beeinflussen, „gedrückt“ habe, im Falle der Aufrechterhaltung des Beschlusses über den Rücktritt der Stadträte geschleichen ihre Wände niederzulassen. Es ist lediglich von einem Stadtratskommissionen am Ende der ersten Versammlung gesagt worden, er stelle sein Mandat zur Verfügung, das heißt, die Mitglieder hätten zu entscheiden, ob er es weiter behalten wolle.

So kein Zweifel besteht, daß die Rolle der Mitglieder nur von sachlichen Gesichtspunkten und vom Interesse der Partei geleitet ist, so ist dringend zu hoffen, daß die ruhige Überlegung die Oberhand gewinnt und das Interesse der Partei und der U. S. P. der Mitglieder über den persönlichen Nerven einzelner liegen wird.

**Theater und Vergnügungen.**  
**Volksbühne**  
 Theater am Bülowplatz  
 11 Uhr: Der Liebe trunk  
**Opernhaus**  
 6 Uhr:  
**Der Rosenkavalier**  
**Schauspielhaus**  
 6 Uhr:  
**Der Kronprinz**  
 Direktion: Max Reinhardt  
**Deutsches Theater**  
 7 Uhr: Der lebende Leichnam  
**Mammerspiele**  
 7 1/2 Uhr: Gespenstersonate  
**Großes Schauspielhaus**  
 Kurtstraße  
 7 Uhr: Hamlet  
 (18. Abt. d. V. Abend.)  
 Direktion  
 Carl Reinhardt — End. Bernauer  
 Theater L. d.  
**Königsgrüner Straße**  
 49 U: Schloß Wetterstein  
 Sonntag: Zum 1. Male:  
 König Nicola  
 oder So ist das Leben.  
 Schauspiel von Franz Hofmeister  
 mit den Tänzern: Basilio  
 Ludwig Hartwig, Alice Verden  
 u. U. vom Staatstheater, Dresden.  
 Ernst Derschburg, Frieda  
 Richard, Paul Rehkant, Robert  
 Feholz, Helmut Babbe, Felix  
 Rosert, Otto Schiller, Rudolf  
 Jäger)

**Romödienhaus**  
 14 Uhr: Der Biberpelz.  
 Sonntag: „S. I. 6“  
 Sonntag: „S. I. 6“  
**Berliner Theater**  
 7 Uhr: Der letzte  
**Walzer**  
 (Fritz Henz, Otto Stern,  
 Hans Westmann)

**Lessing - Theater**  
 Direktion: Viktor Barnovsky  
 7 Uhr: Peer Gynt  
 Sonntag: 7 1/2 Uhr: Pygmalion  
 Sonntag: 7 1/2 Uhr: Pygmalion.

**Deutsche Kunst-Theater**  
 Allabendl. Menagerie  
 7 1/2 Uhr

**Neues Operettenhaus**  
 Direktor: Jean Kren  
 Allabendl. 7 Uhr 30 Min.:  
**Die kleine  
 Hoheit**

**Residenz - Theater**  
 Stadtbahn Jannowitzbrücke)  
 Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Evchen Hambricht**

**Trianon - Theater**  
 (Bahnhof Friedrichstraße)  
 Sonntag: 4 Uhr: Max u. Moritz  
 Sonntag: 4 Uhr: Der gute Hund

**FEMINA**  
 Täglich 7 1/2 Uhr

**Gasino - Theater**  
 Lehniger Str. 37. Tägl. 7 1/2 Uhr  
 Den großen Andrang wegen  
 noch kurze Zeit verlängert  
**Schloß Leno**  
 Ueber 100 Mal aufgeführt,  
 und erstrahlende Spezialitäten  
 Sonntag 3 1/2: Die Wasserkerze.

**Apollo-Theater**  
 Friedrichstr. 218.  
 Allabendl.  
 7 1/2 Sonntags 3 1/2 u. 7 1/2  
**Unübertreffliches  
 Variété - Programm!**

**Theater am Kolonnenplatz**  
 Tel. Moritzplatz 1614.  
 Tägl. 7 1/2 und Sonntag  
 nachm. 3 Uhr  
**Erlie-Sänger**  
 9 ehem. Mitgl. des  
 Berliner Sängers,  
 Bühnensänger  
 Vorr. 11-14 u. 4-6 Uhr

**Rose - Theater**  
 7 1/2 Uhr: Seine zweite Frau.

**Walhalla - Theater**  
 7 1/2 Uhr:  
**Die Csardasfürstin.**

**Wintergarten.**  
 Täglich 7 1/2 Uhr  
**Variétévorstellung**  
 Raschen gastiert.

**Schwerhörigkeit**  
 Ankauf unsonst bei  
 Schwerhörigkeit  
 Strömsch, des. Dr. Richter  
 über unsere tauschend be-  
 währten, patentmäßig gesch.  
 Hörtrömmeln. Bequem und  
 unsichtb. zu  
 tragen. **Wiederholte Ankauf**  
 Santos-Vorwand, Wochen 2 & 12

**Achtung!**  
 Kupfer M. 25.50  
 Messing „ 15.—  
 Blei „ 9.75  
 Zink „ 7.—  
 usw. kauft  
**Einkaufsbureau**  
 O 34, Gubenstr. 23,  
 Alex. 1949  
**Metalleinkauf**  
 O 112, Pettenkoler-  
 str. 29, Königst. 8103

**GROSSES SCHAUSPIELHAUS**  
 Direktion: Max Reinhardt  
 Abonnement für die Spielzeit 1920/21  
 Goethe: Egmont Calderon: Das Leben ein Traum  
 Schiller: Die Räuber Romain Rolland: Danton  
 Shakespeare: Ein Sommernachtstraum Gerhart Hauptmann: Florian Geyer  
 Änderungen vorbehalten  
 Preise der Plätze für die 6 Abendvorstellungen des Abonnements:  
 Logen 67,80 M. — also 11,30 M. pro Abend (Kassenpreis 24,60 M.)  
 Parkett 67,80 M. — also 11,30 M. pro Abend (Kassenpreis 24,60 M.)  
 Balkon 50,40 M. — also 8,40 M. pro Abend (Kassenpreis 17,60 M.)  
 In diesen Preisen ist die Lustbarkeitssteuer bereits enthalten  
 Bei der Organisation des Abonnements ist dafür Sorge getragen, daß auch Abonnenten späterer Abteilungen frühere Aufführungen eines Werkes erhalten. Das Abonnement ist übertragbar. Der Verkauf der Abonnements im Großen Schauspielhaus und an der Theaterkasse A. Wertheim, Leipziger Straße.

**Schau Burg**  
 An Potsdamer Platz Königgrüner  
 Die Gespenster  
 von Gardenhall  
 5 Akte nach einem Roman  
 von Robert Kraut  
 Hermann Vallentin  
 Erika Glässner  
 Bruno Eichgrün  
 Regie:  
 William Wauer  
 Erra Bognar  
 Fritz Achterberg  
 Walter Formes  
 'n Ding  
 wird  
 gedreht  
 3  
 Tage  
 verlängert

**Alte Zahngelisse**  
 pro Zahn 15.— bis 18.—  
**Platin, Brennpitzen,  
 Kontakte, Tiegel usw.**  
**Goldbruch + Silberbruch**  
 kauft zu höchsten Tagespreisen  
**A. Unger**  
 Alte Schönhäuser Str. 14-15, Uhren-Laden

**die Zahneinkaufsstelle**  
 Charlottenburg, Fritschestr. 46, v. II, an der  
 Kantstraße (Bahnhof Charlottenburg)  
 kauft täglich von 9-1 und 2-6 Uhr  
 zu höchsten Preisen  
**alle Gebisse.**  
 Pro Zahn nicht unter 15.— 20 M., Stützähne bis 200 M.,  
 Knochentische die Hälfte. — Brandmalerei-Stifte  
 auch Gewicht (Gramm 300 Mark).

Kupfer bis 25.50, Messing bis 15.—, Blei bis 10.—,  
 Zink 9.—, Rotguss 23.—, Relazion b. 80.—,  
 Weißmetall 30.— b. 35.—, Nickel 32.—,  
 Aluminium 17.— b. 20.—, Metallspäne  
 zahlt per Kilo, bei groß. Post. mehr, Metallschmelze  
 Marinonnenstrasse 24 an der Kolonnenbrücke.  
 Aut. Mpl. 10658, Nebenanschl.  
 Sendungen von außerhalb werden prompt erledigt.

**Achtung! Metalle! Aufheben!**  
 Zahle für Kupfer, Messing, Blei,  
 Zink usw. mehr wie Konkurrenz.  
**Klempnerel Kastanienallee 85  
 und Weissenburger Str. 11.**  
 Bitte die höchste Annonce mitzubringen.

**Alte Gebisse**  
 auch zerbrochene, höchste Preise  
 je Alter, desto wertvoller. Ankaufsstelle im  
**Hotel Nordischer Hof, Zimmer parterre**  
 Invalidenstr. 126, gegenüber Steinhilber Bahnhof.

**Gold Silber**  
 Platin — Zähne — Brillanten  
 Schmucksachen usw. kauft  
**Edelmetallschmelze E. Kresche**  
 Neukölln, Prinz Handjerystr. 69  
**Lumpenfabrik S. Scheffel**  
 kauft Schnitzern für jede Art Wollumpen Expres-  
 preis. Kilo 8 bis 25 Mark  
 Kl. Markusstr. 7, Königst. 6237.

**Sie haben einen Vogel**  
 abgeschossen, wenn Sie Ihre  
**Metallabfälle und Alteisen**  
 nur an mich verkaufen. Zahle über den in  
 den Tageszeitungen höchstwertigen Preis.  
 Höchste Annonce mitbringen.  
**Eisen- u. Metallgroßhandl. Willy Seydlitz**  
 Hauptgeschäft:  
 Neukölln, Libertastraße 4. Telefon: 9405  
 Zweigstellen:  
 Hermannpl. 4, Böhmische Str. 16 (a. Richardpl.)  
 Berlin, Schönhauser Allee 151.  
 Größere Posten werden abgeholt.  
 Post- u. Bahnsendungen werden prompt erledigt.

**Metalle bedeutende Preiserhöhung!**  
 Platin-Zahngelisse, Zahn bis 75 Mark.  
 Goldbruch und Silberbruch! Sal-  
 peters, Silber! Quecksilber! Kupfer! Rot-  
 guss! Messing! Nickel! Aluminium! Zinn!  
 Stannolpapier! Zink! Blei! Flaschenkapfen!  
 Schriftblei, Glühstrumpfsche M. 100.— alle  
 Metalle höchstzahlend  
**Edelmetall-Einkaufsbureau, Weberstraße 31  
 Alex. 4243**  
**Münzen, Briefmarken**  
 kauft Grossmann, Johannisstr. 4  
 Norden 106 21.

**Warnung! Bruchüber!**  
 Verkauften Sie Ihr Bruchgold und Silber sowie  
**Platin, Zahngelisse nicht,**  
 bevor Sie den richtigen Preis bei  
**H. Wiese, Artilleriestr. 30**  
 erfahren haben, denn der Weg ist sehr lohnend.

**Gold und Silbersachen**  
 alt, Schmuck, Brillanten, Perlen, Juwelen jed. Art sucht  
 Bin-Halensee, Markgraf-Albrecht-Str. 6,  
 Mersmann, part. (a. Kurtfurstendamm) Umland r549.

**Elektro-Installations-Materialien**  
 Leitungsdrahte, Litzen, Kabeln, Spulen-  
 drahte, Kupfer- und Messing-Abfälle,  
 Eisenbleche 0,3 bis 0,6 und  
 2 mm bis 5 mm  
 sowie jegliche Art  
 Winkeln  
 kauft laufend jeden Posten  
**Carl Peschmann Nchf.**  
 Inh. A. Nasaroff  
 Bernauer Straße 101 Platan Brunnenstr. 36  
 Fernsprecher: Humboldt 1079, 2232.

**Metall-Ankaufsstelle**  
 Stallschreiber - Str. 50/51  
 zahlt für  
 Kupfer per 24.— M.  
 Messing 14.— „  
 Blei 9.50 „  
 Zink 7.— „  
 Größtes von 9-6 Uhr

**Alte Gebisse**  
 auch zerbrochene, bis 3000 M.  
 Einzelne Platinstützähne von 20.25 bis 200 M.  
 doch nicht unter 20.25 M. pro Zahn.  
**PLATIN-**  
 Brennstifte.  
 Kontakte usw. bis 300 M. pro Gramm.  
 Gold- u. Silbergeräte, Schmucksachen und  
 Juwelen kauft zu den höchsten Tages-  
 preisen täglich von 9 bis 8 Uhr  
**J. Herz, Fahrbeiliner Str. 52**  
 Vorderhaus links parterre  
 Sonntagabend nur von 6-8 Uhr abends.

**Kupfer 24.00-25.50 M.,**  
 Aluminium 20.00-21.00, Rotguss 20.00-23.00,  
 Messing 14.00-18.00, Blei 8.00-9.00 per Kilo,  
 Zink 6.50-7.00, Zinn, Lagermetalle kauft  
**Schlosserei NIEMANN,**  
 Stallschreiberstraße 55, am Moritzplatz.

**Höchstzahlend**  
 kauft  
**Alt-Metalle**  
 Felle — Flaschen — Lumpen  
**Fritz Behrens, Blumenstraße 71**  
 Ecke Markusstr., Keller.

**Kupfer bis 25.50**  
**Messing „ 15.—**  
**Rotguss „ 19.—**  
**Blei „ 10.—**  
**Reinzinn „ 80.—**  
 pro Kilo, bei größeren Posten noch höher, zahlt nur  
 Metallschmelze Prinzessinnenstr. alle 7  
 neben Wertheim, am Moritzplatz.

**KUPFER**  
**25.00 Mark**  
**MESSING**  
**15.00 Mark**  
**Blei 10.00, Zink 9.00,**  
**Gold-, Silber-Medaillen**  
**und andere Metalle sowie**  
**alte Gebisse kauft**  
**2 Ankaufsstellen**  
**Gottheim, Mariannenstr. 12**  
**und Schmidstr. 17a**  
 gegenüber  
 Schloßstraße

**Eilt! Eilt!**  
 Sie Boden  
**Geld**  
 wenn Sie alte  
**Zahngelisse**  
 auch zerbrochene, bei mir verkaufen.  
 Zahngelisse bis 3000 M.  
**Einzelne Zähne 19 M. bis 100 M.**  
 (jedoch kein Zahn unter 17 M.)  
**Brennstifte 70.—, 100.— bis 200.— M.**  
 Täglich von 10-6 Uhr.  
**Deutscher Hof, Luckauer Straße 15 part. I**  
 (am Moritzplatz)  
**2. Einkaufsstelle: S.O., Wangelstr. 64**  
 im Zigarrengeschäft.

**Schafwolle**  
 40 bis 50 M. pro kg  
 Ziegenfelle 100 bis 150 M. Fuchs, Iltis usw.,  
 Rothhaar 30 bis 40 M., Matratzenhaare 10 M.  
 pro kg, Kaninchenfelle bis 15 M., Auto-  
 schiluche 15 M. pro kg, Strumpfwolle 24 M.  
 pro kg kauft  
**Produktenhandlung Denn, Münzstr. 8**  
 Von Freitag 5 1/2 bis Sonntagabend 6 1/2 Uhr geschlossen.

**Spezial-Arzt**  
 für alle Geschlechtskrankheiten,  
 Harn-, Frauenleiden, Blutvergiftungen, Salvarsan-Kur,  
 Behandlung schnell, sicher, ohne Berührung, Mäßige Preise.  
**Dr. med. Lommer, Sprechzeiten 6-11 u. 4-7 u. 10-12**  
**Brunnenstr. 185, (Rosenth. Platz.)**

**Spezialbehandlung**  
 für Haut- und Geschlechtsleiden  
**C. Weissert, Ecke Bergstr.**  
 Kostenlose Untersuchung und Beratung über  
 sachgemäße Behandlung  
 Sprechstunden 10-12 und 4-8, Sonntags 10-12

**MÖBEL**  
 gegen Bar und Teilzahlung  
 in großer Auswahl zu billigen Preisen.  
**Wohnzimmer, Schlafzimmer, far-  
 bige Küchen, einzelne Möbelstücke**  
 Größte Rohstoffe! Gekaufte Möbel  
 können kostenlos lagern.  
**M. Landwehr Müllerstr. 7, 1.**  
 direkt am Weddingplatz.

**Botenfrauen stellt ein:**  
 Expedition:  
 Döring, W 57, Steinmetzstraße 23  
 Spiekermann, Pankow, Mühlenstr. 20  
 Sinner, Skalitzer Str. 101.  
 Wendt, Schönberg, Göttenstraße 43.  
 Lenke, Alte Jakobstraße 42a.  
 Waldmannst., Pflanzstr. 12 IV.  
 Röhle, Wilden, Schwartzkopffstraße 57.  
 Kaul, Oberschönefeld, Bismarckstraße 26.  
 Köhnke, Chlig., Kaiserin-Augusta-Allee 37.  
 Strunkker, Chlig., Königin-Elisabethstr. 2a.  
 Stimming, Lichtenberg, Odessastr. 4 part.  
 Götze, NO 55, Trescowstraße 22  
 Tornseifer, Lübecker Straße 11  
 Charlottenburg, Wallstraße 65  
 Wenzel, Cadiner Straße 11.  
 Hecht, Reimkondorf-Ost, Residenzstr. 126.  
 Hackbart, Michaelkirchplatz 2.  
 Krüger, Neukölln, Emser Str. 32.  
 Lohmann, Hussenstr. 43.  
 Zacher, An der Fischerbrücke 2.  
 Schindler, Neukölln, Neckarstraße 3  
 Senne, Straßen, Laskerstraße 2  
 Schaefer, Queisenerstraße 70,  
 Lode, Markusstraße 23.

**Reelies**  
 wir kaufen  
**KUPFER**  
 Blei, Zink  
**MESSING**  
 Stannol  
 Zinnlötlö  
**Quecksilber**  
 Alu-Innen  
 Cells, und  
 Metallabfälle  
 Paris, Zöllner  
 und Bismarck  
**PETERS**  
 Prenzl. Str. 24  
**MÖBUS**  
 Waldstraße 3  
**G. ERMEL**  
 Gubenstr. 13  
**DEGENER**  
 Schöneberg  
 Bahnstraße 40  
**H. A. SE**  
 Skalitzer Str. 95a  
 Ecke Lüssitzer Platz

**Kupfer**  
**Messing**  
**Zinn**  
 Sämtl. Metalle  
**Quecksilber**  
**Platin**  
**Gold-,  
 Silber-  
 Abfälle**  
 Zahngelisse  
 kauft zu höchsten  
 hohen Preisen  
 in unseren  
 6 Einkaufsstellen  
**Metall-Zentral**  
 1. Brunnenstr. 185  
 am Rosenthaler Platz  
 2. Fennstraße 18  
 am Weddingplatz  
 3. Beusselstr. 18  
 nahe der Turmstr.  
 4. Bahnhofstr. 2  
 Ecke Schönbergstr.  
 nahe Hermannstr.  
 5. Neu-Ältn  
 Kaiser-Friedrich-Str.  
 nahe Hermannstr.  
 6. Weitenweg 27  
 am Baitenplatz.

**Kupfer 24.—**  
**Messing 14.—**  
**Blei 9.50**  
**Zink 7.—**  
**Metallankauf**  
 Neue Jakobstraße  
 Kommandantenstr. 77  
 Fernruf: Zentrum 5014  
 Größ. Posten werden abgeholt.

**Platin höchste  
 Preise**  
**Zahngelisse**  
 bis 3000 Mark  
 jedoch pro Zahn  
 nicht unter 21 M.  
**Gold-, Silber-  
 u. Schmucksachen**  
 Gebrauchsgegen-  
 stände sow. Bruch-  
 Konkurrenz in Preisen  
**Pilz,**  
 Alte Schönhauser  
 Strasse 19, II.  
 Geschäftszzeit von  
 9-5 Uhr

### Betriebsräte.

#### Die Angestellten und die Betriebsratswahlen.

In einer von etwa 3000 Funktionären und Ausschussmitgliedern besuchten Versammlung am Mittwoch, die von der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (AFA) einberufen worden war, referierte Genosse Aufhäuser über die bevorstehenden Betriebsratswahlen. Das Betriebsrätegesetz sei nur dazu bestimmt, die bisherigen Mitarbeiterorganisationen abzuschießen und dem Unternehmertum zu neuen Machtpositionen zu verhelfen. Das Gesetz richte sich gegen den Sozialismus und gegen die aufstrebende Arbeiterkraft. Es sei ein Ausfluß der heutigen politischen Verhältnisse und der Ängste der Kapitalisten, daß die Arbeiterklasse sich gegen den Sozialismus und gegen die aufstrebende Arbeiterkraft richte. Es sei ein Ausfluß der heutigen politischen Verhältnisse und der Ängste der Kapitalisten, daß die Arbeiterklasse sich gegen den Sozialismus und gegen die aufstrebende Arbeiterkraft richte.

### Funktionärversammlungen in der Metallindustrie.

Die Arbeiter und Betriebsräte, Arbeiter- und Angestelltenvereine der Metallindustrie nahmen am Dienstag in neun Untergruppenversammlungen den Bericht der Untergruppenausschüsse entgegen. Außerdem wurde die durch die bevorstehenden Wahlen zu den Betriebsräten geschaffene Lage eingehend besprochen. Es wurde beschlossen, innerhalb der Gruppen dahin zu wirken, daß die Beteiligung zu den Betriebsratswahlen eine allgemeine wird.

### Funktionärkonferenz in der chemischen Industrie.

Die Funktionäre der in der chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen nahmen in einer gutbesuchten Versammlung, die von der Zentrale der Betriebsräte Groß-Berlin einberufen worden war, ein Referat des Genossen Stolt über das Betriebsrätegesetz und die bevorstehenden Betriebsratswahlen entgegen.

Der Referent betonte die Notwendigkeit der Beteiligung aller Arbeiter an den Wahlen, trotzdem wir das Gesetz im Prinzip ablehnen müssen.

Nach der Diskussion wurden die Neuwahlen zu den Untergruppen-Ausschüssen vorgenommen.

### Versammlungen in der Holzindustrie.

Die Zentrale der Betriebsräte Groß-Berlin hatte für die Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellte der Holzindustrie zum Montag, den 23. Februar, sieben große Versammlungen einberufen. In allen Versammlungen beschloffen die Kollegen nach Anhörung eines Referats über das Betriebsrätegesetz, sich an den Wahlen nicht nur zu beteiligen, sondern schon jetzt eine rege Propaganda zu entfalten, damit nur Kandidaten innerhalb der Holzindustrie als Betriebsräte gewählt werden, die sich auf den Boden des prinzipiellen Klassenkampfes stellen.

## Gewerkschaftliches.

### Die Einheit in der Kohrlegerbranche.

Die Kohrleger und Delfer hielten am 25. Februar im Gewerkschaftshaus eine Branchenversammlung ab.

Zum 1. Punkt der Tagesordnung referierte Ziese über die Einheit und Einigkeit der Branche. Es hat sich notwendig gemacht, diese Frage erneut zu behandeln, weil von Seiten der S. P. D. ein Aufruf im „Vorwärts“ stand, der zu einer Branchenversammlung gefordert, in der die Mitglieder der S. P. D. zur Branchenversammlung gefordert Stellung nehmen sollten. Wir haben zu betonen, daß die S. P. D. ein eigenes Bureau eingerichtet hat unter dem Namen „Der Fraktionsvorsitz“. Die Kohrleger und Delfer müssen sich ganz energisch dagegen wehren, daß derartige Verschiebungen in ihre Reihen hineingetragen werden. Durch eine weitere Zersplitterung hat letzten Endes nur der Unternehmer den Vorteil. Wenn ein Teil der S. P. D.-Kollegen von Terror spricht, so trifft dies nicht zu; in gewerkschaftlichen Fragen muß unter allen Umständen die Einigkeit gewahrt werden.

In der Diskussion wurde von den Vertretern der S. P. D. anerkannt, daß die Einheit der Branche gewahrt werden müsse. Sie nehmen das Recht für sich in Anspruch, ebenfalls Fraktionen zu bilden.

Zum 2. Punkt der Tagesordnung berichtet Ziese über die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband wegen Nachzahlung der Feuerungszulage vom 2. bis zum 14. Januar 1920. Die Arbeitgeber haben sich bereit erklärt, vom 1. bis zum 31. März weitere fünf Prozent Feuerungszulage zu zahlen. Wegen diesen Vorschlag wendet sich ein Teil der Versammlungsdemokraten und wird dann beschlossen, die zugebilligten 5 Prozent als zu geringfügig abzulehnen und die Schlichtungskommission zu beauftragen, das Einigungsamt des Gewerbegerichts zur Fällung eines Spruches anzurufen.

Die Versammlung nimmt dann zur Erneuerung des Tarifvertrages Stellung. Im Namen der Schlichtungskommission und der Agitationskommission berichtet Ziese über die Vorschläge, die dahin gehen, daß die Frage des Arbeitslohnes getrennt behandelt wird in Grundlohn und Feuerungszulage. Der Grundlohn soll nach dem Vorschlage 4,25 M. für Kohrleger, 4,05 M. für Junggefelln, 3,95 M. für Lehrlinge, Delfer und Lagerarbeiter betragen. Es soll noch verhandelt werden, die gesamten Lagerarbeiter unter dem Tarifvertrag zu vereinen. Die Feuerungszulage sollen ab 1. April 1 M. pro Stunde für alle Kategorien

gleichmäßig betragen. Außerdem soll gefordert werden, daß die Feuerungszulage monatlich, jedoch vor Ablauf jedes zweiten Monats, mindestens neu festgesetzt wird. Derselbe Passus soll auch für die auswärtigen Arbeiter eingefügt werden; es sollen dann noch als Randzulagen 13 und 15 M. gefordert werden.

### Branchenversammlung der Kartonnagenarbeiter.

Die im Bundesverband organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen der Kartonnagenindustrie nahmen im Mittwoch den Jahresbericht der Branchenleitung entgegen. Priemer gab eine übersichtliche Darstellung über die in der Branche während des verfloffenen Jahres geführten Streiks, sowie über die mit den Unternehmern geführten Verhandlungen über Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die getroffenen Lohnvereinbarungen brachten den Branchenkollegen wesentliche Verbesserungen. Während im letzten Berichtsjahr die Arbeiter einen Wochenverdienst von 55 Mark hatten, ist dieser jetzt auf circa 105 Mark, der der Arbeiterinnen von 24,20 Mark auf 105 Mark gestiegen. Durch die am 19. Februar abgeschlossene Vereinbarung mit dem Arbeitgeberverband der Berliner Kartonnagenarbeiter erhalten männliche Arbeiter über 18 Jahre 20,70 Mark, unbeschäftigte 18,40 Mark, Arbeiterinnen über 18 Jahren ebenfalls 18,40 Mark Feuerungszulage pro Woche. Jugendliche Arbeiter erhalten Feuerungszulagen von 6,90 bis 11,50 Mark pro Woche. Für Heimarbeit werden 100 Prozent resp. 70 Prozent auf den Wochenverdienst gezahlt.

In der Diskussion wurde der Branchenleitung Anerkennung für die geleistete Arbeit ausgesprochen und ein Antrag einstimmig angenommen, der der Branchenleitung Vertrauen ausspricht.

In die Ordreverwaltung wurden Kollege Priemer und die Kollegin Peter neugewählt, die Branchenleitung wurde durch die Kolleginnen Vetter, Bürger, König und die Kollegen Ulrich, Berkau und Prodnnow neu gebildet.

### Achtung, Zimmerer!

Lauf Befehl der Zahlstellenversammlung vom 12. Februar 1920, ist jeder Kamerad, der im Berliner Wohngebiet arbeitet, verpflichtet, ab 8. Februar pro Woche 5 Mark an Ertragsbeiträgen „zur Sonderunterstützung für Streikende“, zu zahlen. Quittiert werden die Beiträge durch 1-Mark-Marken. Wir ersuchen die Vertrauensleute, ganz besonders bei der Bücherkontrolle darauf zu achten, daß jeder seine Pflicht tut.

Des Weiteren geben wir nachfolgend das Referat der Vorstandswahl bekannt. Gewählt sind folgende Kameraden: 1. Vorsitzender: Venada (U. S. P.), 2. Vorsitzender: E. Kling (U. S. P.), 1. Kassierer: F. Wellert, 2. Kassierer: A. Neumann (U. S. P.), 1. Schriftführer: G. Schmidt (U. S. P.), 2. Schriftführer: A. Weder (U. S. P.), Beisitzer: P. Köhn (S. P. D.), R. Schöninger (U. S. P.), A. Prütz (S. P. D.), Kontrollenre: R. Schill (U. S. P.), O. Müller (U. S. P.). Stichwahl ist nicht erforderlich.

Zentralverband der Zimmerer. Poststelle Berlin und Umgegend.

Achtung! Funktionäre und Betriebsräte der Graphischen Berufs! Achtet auf das in der heutigen Nummer erscheinende Inserat. Das Graphische Kartell.

Betriebsräte - Arbeiter - Angestelltenvereine der Bekleidungs- und Textilindustrie! Reiner der genannten Funktionäre versäume, in die heute abend 6 1/2 Uhr in den Borussia-Sälen, Adlerstraße 47, stattfindende Funktionärerversammlung zu gehen.

„Angestellte und Betriebsratswahlen“ lautet die Tagesordnung einer öffentlichen Versammlung, die von der Opposition des Zentralverbandes der Angestellten einberufen ist. Die Versammlung findet am Freitag, abends 7 Uhr, im Adlonischen Casino in der Inselstraße statt. Referent ist ein Mitglied der Zentrale der Betriebsräte.

## Groß-Berlin.

### Aus dem Stadtparlament.

Ein von unserer Fraktion im vorigen Jahre eingebrachter Antrag auf Uebernahme der Müllbeseitigung durch die Stadt, war feinerzeit einem Ausschuss zur Vorberatung überwiesen worden. Dieser Ausschuss hat ein reichhaltiges Material über die Kostensage sowie über die Art der Beseitigung - ob Verbrennung oder landwirtschaftliche Verwertung - zusammengetragen und der gestrigen Stadtkonferenzversammlung unterbreitet. Er schlug nunmehr vor, die weitere Verhandlung

## Der Herzensbund.

Von Jean Vachon.

(Ereignisse Uebersetzung aus dem Französischen von W. V. Larjen.)

Der Bankier eröffnete das Gespräch ohne alle Umschweife; Damiere war ihm nicht sympathisch und noch bevor der unglückliche junge Mensch den Mund aufgetan hatte, suchte Dumiere schon nach einer Redewendung, mit der er ihn loswerden könnte. „Sie haben mir etwas zu sagen?“ fragte er. „Ja“, murmelte Damiere. „Nun, was gerade jetzt sein?“ erkundigte sich Dumiere, indem er seine Papiere ordnete, als rüste er sich zum Gehen. „Sie müssen wissen, ich bin in diesem Augenblick...“ Damiere nahm die seine Kraft zusammen, denn er wurde mit jeder Rede Dumieres von Mal zu Mal wankelmütiger. „Es handelt sich um die Hand von Fräulein Maud.“ „Ja, sie heiratet den Baron d'Orge. Woher wissen Sie das?“ fragte Dumiere, der den Sinne der Worte Damiere's nicht verstanden hatte. Dieser stand im ersten Augenblick von der unerwarteten Mitteilung wie vom Schläge getroffen, dann aber fand er die Kraft zu erwidern: „Aber diese Dixrat ist ja ganz unmöglich...“ Er wagte nicht zu sagen, warum. Werdens schon Dumiere seinen Einwand völlig überhört zu haben, und Damiere geriet in eine immer größere Erregung. „Sie kann ihn unmöglich lieben“, sagte er. „So, so“, machte Dumiere, „ja, und...“ „Sie liebt einen Anderen.“ „Wen?“ „Herr“, sagte Dumiere, indem er sich erhob, „meine Tochter heiratet noch in diesem Monat den Baron d'Orge. Je es notwendig ist, Ihnen zu sagen, daß Sie demnach keine Aussicht haben...“ „Ich bitte Sie, beruhigen Sie sich, daß ich schmerzempfindende Wünsche habe, zu handeln, wie ich es tue. Und wenn Ihre Tochter mich heiraten muß...“ „Heiraten?“ „Ja, Herr, was soll Ihnen

„Ich müßte mir sehr schwere Vorwürfe machen, wenn ich das nicht heiraten würde.“ „Diese Kaspiation verleihe ich nicht.“ Damiere wurde schamhaft. „Ich spiele auf gar nichts an“, flüsterte er. „Dennoch...“ Maud kann sehr gut noch mir gehören!“ Der Bankier trat einige Schritte auf den Besucher zu, indem er ihn vom Kopf bis zu den Füßen musterte. „Ja, sind Sie denn wahnsinnig? Sie sprechen ja von meiner Tochter, als wenn...“ „So ist es...“ bestätigte Damiere und er fügte, wie ihm zu schwindeln begann. Die Faust des Bankiers faßte wutbeben auf ihn nieder. „Lassen Sie mich!“ kreischte Damiere. „Idiot!“ schrie der Bankier. „Wollen Sie mir etwas weismachen, daß meine Tochter Ihre Geliebte sei?“ Damiere, der von dem Stoß in eine Ecke getaumelt war, rang mühsam nach Haltung. Seine Liebe mußte ihm mehr gelten als sein Leben, wenn er sie auch jetzt noch verteidigte. „Ich habe ja nur die Wahrheit sagen wollen“, flüchtete er hervor. „Und wenn ich doch bereit bin, sie zu heiraten?“ „Heiraten! Heiraten!...“ brüllte Dumiere außer sich. „Heiraten!...“ Schreien Sie sich hinaus, aber schweigen! und wenn Sie mir je wieder vor die Augen kommen - wenn Sie je meiner Tochter vor die Augen kommen -“ Seine Stimme verlagte vor Wut, und die Schweißperlen, mit denen er den anderen überhäufte, waren nur noch wartillierende Laute. Damiere war in einen Sessel gesunken und ließ alles widerstandslos über sich ergehen. Einen solchen Austritt hatte er nicht erwartet. Er hatte ihn übermenschliche Anstrengungen gelistet, vor Mauds Vater hinzutreten, um ihre Unbesonnenheit zu entschuldigen und wieder gut zu machen, und nun noch allemal mußte er sich noch gefallen lassen, daß man ihn wie einen dahergelaufenen Esel behandelte. Der Bankier war kreischend vor Wut und völlig außer sich. „Und doch eine Partei!“ schrie er und schlug mit der Faust auf den Tisch, so daß Damiere erschrocken aufsprang. „Hinsichtlich Frankens Mentel und dem Baron obendrein! Und Sie, die Sie meine Tochter in gemeinsamer Waise verheiratet haben... um auf diesem Wege...“ Aber, Herr, das soll mich nicht kümmern! Keine Tochter heiraten! Das sollen Sie sehen! Sie

gebe ich meine Einwilligung zu einer anderen Verbindung, nie! Ja, zum Teufel! ich weiß schon, was Sie planen - so ein Standbändchen mit einer gut angeordneten Erpressung, nicht wahr? Sie werden Ihr blaues Wunder erleben! Ja, das ist so Ihre Sorte... Aber den Augenblick haben Sie gut gewählt, das muß man Ihnen lassen - gerade, da ich meine Tochter in Ehren verheiraten will...“ Er trat ganz nahe an Damiere heran. „Sie wollen also Ged von mir, Herr? Vergessen, mein Vetter, denn ich besitze keines... meine Tochter hat nicht einmal eine Mitgift... Ja, ich will Ihnen noch mehr sagen, - ich, Dumiere, mit dem ich mich seit zehn Jahren über Wasser gehalten, sind erschöpft, ich bin fertig, ich habe ausgespielt, - ich, Dumiere! und wenn der Baron meine Tochter nicht nimmt, so kann ich mein Bankhaus zernichten!“ Dumiere hob die Hand und wies leuchtend, erschöpft, nicht mehr Herr seiner selbst, auf die Tür: „Machen Sie, daß Sie rauskommen! Schleunigst! Und lassen Sie sich nie wieder blicken! Nie wieder über meine Schwelle! Scheren Sie sich raus!“ Damiere sah den Bankier an, und es schien ihm, daß jener, wie er da überredend vor ihm stand, gewiß nicht geringere Widerstände erlitten habe, als er. „Ich habe hunderttausend Franken Mentel“, murmelte er, noch völlig verstört und zerknirscht. Dumiere, der an seinem Schreibtisch lehnte, ließ die Hand, die noch immer auf die Tür zeigte, sinken und starrte Damiere fast erschrocken an. Er trat eine ganze Pause ein, während der Dumiere sich allmählich eine ungewohnte Haltung gab, bis er am Ende ganz bequem in seinen Lehnstuhl hingestreckt sah. Sein Mienspiel deutete noch immer großes Erschrecken an, während er sich im Geiste künftiger der plötzlichen Veränderung Lage angepaßt hatte; seine geistige Geschmeidigkeit war der Körperlichen eben weit überlegen. In der Tat hatte er trotz seiner schleichenden Verwitterung die Bedeutung des Augenblicks auf der Stelle erfaßt. Er lächelte Damiere, der an seiner Frontseite neigte, ungewohnt zu; er hatte sich wieder völlig in Gewalt. „So“, sagte er leise, „dann habe ich Sie demnach doch noch misshandelt. Es handelt sich also um einen wirklich außerordentlichen Gegenstand.“

